

Deutschland.

Berlin, 6. September. Se. Majestät der König hatte am Dienstag mit dem diesseitigen Botschafter in Paris, Graf von der Goltz, eine Besprechung, die 2 Stunden dauerte und brachte dann bis 12 Uhr Nachts im Arbeitszimmer zu. Gestern Morgen nahm der König, begleitet von dem Flügeladjutanten Oberst v. Stieble, die Kunstausstellung im Akademiegebäude in Augenschein und ließ durch denselben mehrere Kunstgegenstände zum Anlauf notiren. Hierauf empfing der König im Palais den Besuch des Prinzen Friedrich Carl, nahm die Vorträge des Hofmarschalls Grafen Ponpouche, des Geh. Kabineterraths v. Mühlner und des Geh. Hofraths Borch und die Meldungen des Prinzen Adolf zu Hohenlohe, der Generale v. Kunowsky, Graf Dohna, v. Bentheim, der Obersten v. Samfeld und v. Selchow entgegen und empfing alsdann den Professor Dr. Esmarch, welcher einen längeren Vortrag über Kriegs-Hospitalpflege hielt. Demnächst erteilte der König Audienz dem aus Meiningen hier eingetroffenen Obersten Staatsminister von Buch, dem Botschafter in Paris, Graf v. d. Goltz, dem Landgrafen Alexis von Hessen-Philippsthal-Barchfeld, und konferirte sodann vor dem Diner mit dem Minister-Präsidenten Grafen Bismarck. Abends erschien der König in der Oper. Morgen früh fährt Se. Majestät der König zur Truppenbesichtigung nach Potsdam.

Berlin, 6. September. In politischen Kreisen spricht man von einem Schreiben des Kaisers Napoleon an den Herrn Lavallette bezüglich der den Journalen zu gebenden Richtung, dahin, daß sie kriegerische Vergrößerungspläne Frankreichs, welche Deutschland gegen Frankreich aufbringen würden, desavouiren. Lord Cowley in Paris wird, wie es heißt, durch Malmesbury ersetzt werden.

Der Herzog v. Sachsen-Meiningen hat zu Gunsten des Erbprinzen der Krone entsagt. Der Letztere hat sich gestern früh nach Meiningen begeben, um die Regierung anzutreten. Der neue Herzog Georg ist geboren am 2. April 1826; er war in erster Ehe mit einer Tochter des Prinzen Albrecht von Preußen vermählt. Seine gegenwärtige Gemahlin ist eine geborene Prinzessin Hohenlohe.

Die „Kreuzzeitung“ theilt eine ihr zugegangene Zuschrift aus Hannover mit, in welcher unter Mittheilung der bisherigen Eidesformel für die Huldigung der Hannoveraner, die Unmöglichkeit dargelegt wird, einem neuen Herrscher den Huldigungseid zu leisten. Die „Kreuzzeitung“ macht hierzu folgende Bemerkung: „Von Herzen wünschen wir, daß die preussische Regierung gegenüber loyalen Bedenken und Scrupeln hannoverscher Beamten zc. mit möglichster Rücksicht verfare; doch wird es immer nur für ein Uebergangsstadium gelten können. Das Wichtigste wäre, wenn der König Georg die Beamten ihres Eides entbände — und wie es heißt, ist der Konfistorial-Rath Uhlhorn zu demselben gerückt, um ihn Namens vieler Geistlichen darum zu bitten. Ob er es erreichen wird, steht freilich dahin. Nach unserer Rechtsüberzeugung bindet der Eid die hannoverschen Beamten, nach der Eroberung ihres Landes und der Deposition ihres Fürsten und seiner Nachkommen und der Einverleibung in Preußen, nicht mehr.“

Eine Petition aus Frankfurt a. M. unterzeichnet „Albert Trier“, bittet das Abgeordnetenhaus, sich bei dem Könige zu verwenden, daß der Stadt Frankfurt vor ihrer völligen Einverleibung die geleisteten Kontributionen und Requisitionen erstattet werden, „damit dadurch ein Beweis geliefert werde, wie sehr das Wohl und das Interesse der neuen Unterthanen dem König am Herzen liegt.“

Der Prinz Friedrich von Augustenburg verweilt zur Zeit, umgeben von seinem „Ministerium“, im Bade zu Reichenhall in Baiern.

Der K. Botschafter in Paris, Graf v. d. Goltz, welcher seit seiner Ankunft in Berlin täglich stundenlange Konferenzen mit dem Könige hatte, wird schon in den nächsten Tagen auf seinen Posten zurückkehren.

Dem General v. Steinmetz, Kommandirenden des 5. Armeekorps, ist, nach der „Dsd. Ztg.“, die Stellung eines General-Adjutanten Sr. Maj. des Königs gedeutet, womit eine persönliche Zulage von 6000 Thlr. verbunden ist.

Der Generalmajor und Kommandeur der kombinierten Landwehr-Kavallerie-Division Graf zu Dohna, der Generalmajor und Kommandeur der 5. Kavallerie-Brigade Graf v. Bismarck-Wohlen, der Oberst und Kommandeur der 3. Landwehr-Kavallerie-Brigade Freiherr v. Sönsfeld-Wittenhorst und der Oberst Clausius, Ingenieur-Offizier der 1. Armee, sind vom Kriegsschauplatz hier eingetroffen.

Die Veröffentlichung der königlichen Urkunde, betreffend die Stiftung eines Kriegsehrenzeichens in verschiedenen Abstufungen für Auszeichnung während des letzten Feldzuges, sowie dessen Verleihung und ebenso das zu erwartende umfangreiche Armeelobanement bleiben, wie der „Publ.“ berichtet, für den Tag des feierlichen Einzuges der Truppen in Berlin vorbehalten.

Man hat vorgeschlagen, unseren braven Truppen an dem Morgen des Einzuges freiwillige Marketender entgegenzuschicken, welche die Aufgabe haben, während der Stunden des Wartens den Truppen Erfrischungen zu reichen, damit sie ihren Einzug in Berlin nicht mit hungrigem Magen und in Abspannung halten. Zu freiwilligen Marketendern sollen sich Berliner Bürger melden, die einen derartigen Posten mit Umsicht versehen können, aber auch wohlhabende Eigentümer auf den umliegenden Dörfern sollen sich mit ihren Gespannen als solche betheiligen. Jeder freiwillige Marketender hat einen zweispännigen Wagen zu stellen und die Lebensmittel darauf an denjenigen Truppentheile zu befördern, zu welchem er von dem zu bildenden Comité beordert ist. Zur Beschaffung der Lebensmittel und Erfrischungen würden theils die

noch vorhandenen Vorräthe des Berliner Hüfs-Vereins und des Central-Comités, theils deren Gelder, wie freiwillige Gaben in Anspruch zu nehmen sein.

Zur Bekämpfung der einziehenden Truppen sollen 40,000 Kränze und Guirlanden beschafft werden. Zur Anfuhr von Laub aus der Jungfernhalde werden 30 Fuhrer erforderlich sein und 200 Personen müssen zwei Tage ununterbrochen sich mit dem Binden beschäftigen.

Das neu formirte 9. Jäger-Bataillon bleibt auch nach Demobilisirung der Armee fortbestehen und soll sein Standquartier in Kassel angewiesen erhalten. Nach Entlassung der in demselben befindlichen Reserve- (Landwehr-) Mannschaften wird die Friedensstärke des Bataillons einstweilen ausgeglichen durch die Ueberweisung aus den Ersatz-Truppen sämtlicher übrigen Jäger-Bataillone. Die Bildung des Offizier-Korps ist bereits erfolgt.

Um an dem feierlichen Einzuges der Truppen in Berlin auch der hinterbliebenen Wittwen und Waisen gefallener hiesiger Einwohner zu gedenken, ist in dem Magistrats-Kollegium der Gedanke angeregt, eine Summe von 5000 Thln. zu bestimmen, welche, abgesehen von den laufenden Unterstützungen, am gedachten Tage in entsprechenden Beträgen zu obigem Zwecke zur Vertheilung kommen soll.

Vorgestern wurde, wie die „N. P. Z.“ berichtet, der aus Brünn zurückgekehrte Civil-Kommissarius, Landrath v. Puttkamer, von Sr. Majestät empfangen. Der König geruhte aus dessen Händen eine Farbenskizze von dem Denkmale entgegenzunehmen, welches durch die Vorsorge des General-Gouverneurs Herzogs von Ujest auf dem Kirchhofe zu Dobrowitz bei Brünn den dort begrabenen preussischen Soldaten gesetzt worden ist, die fern von der Heimath, der Cholera erlegen sind. Die Skizze rührt von der kunstgeübten Hand des Majors im Ingenieur-Korps, Hindorf, her. Man hofft, daß Se. Maj. die Genehmigung zur Verwirklichung des Bildes durch den Druck erteilen werde, und alsdann wird den Angehörigen der braven Vaterlandsvertheidiger, die in fremder Erde ruhen, Gelegenheit gegeben werden, dasselbe zu einem mäßigen Preise zu erwerben.

Dem „Hurrah“ entnehmen wir Folgendes: Nach den offiziellen Verlustlisten und nach privaten Todesanzeigen betrug der Gesamt-Verlust der preussischen Armee, soweit er bis zum 20. August bekannt war, 273 todtgebliebene Offiziere, einschließlich 20 an der Cholera gestorbenen, und zwar: 5 Generale, 2 Obersten, 9 Oberst-Lieutenants, 18 Majore, 58 Hauptleute, 46 Premier-Lieutenants und 135 Sekonde-Lieutenants. Auf die einzelnen Armeekorps fallen hiervon: Garde-Korps: 1 General, 3 Oberst-Lieutenants, 3 Majore, 3 Hauptleute, 8 Premier-Lieutenants, 17 Sekonde-Lieutenants. 1. Armeekorps: 1 General, 1 Oberst-Lieutenant, 3 Majore, 8 Hauptleute, 2 Premier-Lieutenants, 12 Sek.-Lts. 2. Armeekorps: 1 General, 1 Oberst, 7 Hauptleute, 3 Pr.-Lts., 19 Sek.-Lts. 3. Armeekorps: 1 Oberst-Lieutenant, 2 Majore, 3 Hauptleute, 5 Pr.-Lts., 12 Sek.-Lts. 4. Armeekorps: 1 Oberst, 3 Oberst-Lts., 3 Majore, 11 Hauptleute, 5 Pr.-Lts., 23 Sek.-Lts. 5. Armeekorps: 1 General, 1 Oberst-Lieutenant, 3 Majore, 9 Hauptleute, 7 Prem.-Lts., 24 Sek.-Lts. 6. Armeekorps: 1 General, 1 Major, 4 Hauptleute, 2 Pr.-Lts., 6 Sek.-Lts. 7. Armeekorps: 2 Majore, 8 Hauptleute, 6 Pr.-Lts., 16 Sek.-Lts. 8. Armeekorps: 1 Major, 5 Hauptleute, 8 Pr.-Lts., 6 Sek.-Lts. In Summa: 5 Generale, 2 Obersten, 9 Oberst-Lieutenants, 18 Majore, 58 Hauptleute, 46 Premier-Lieutenants, 135 Sekonde-Lieutenants.

Die Einweihung der neuen Synagoge der hiesigen jüdischen Gemeinde fand gestern Vormittag 11½ Uhr unter Theilnahme der höchsten Staatsbeamten, von Mitgliedern der Landesvertretung und aller städtischen Behörden, welche letzteren mit den Abzeichen ihres Amtes erschienen waren, statt. Schon lange vor der zum Beginn der Feier festgesetzten Zeit hatten sich die weiten schönen Räume des neuen Tempels bis auf den letzten Platz gefüllt und man durfte sich mit voller Muße der Betrachtung des Prachtbaues, der nun, eine Zierde der Stadt, vollendet dasteht, hingeben. Bereits vor Jahr und Tag brachten wir eine Beschreibung des großartigen Tempels und wir dürfen uns daher für heute daran genügen lassen, den imposanten Eindruck zu schildern, den derselbe jetzt in seiner Totalität und in Bezug auf seinen gottesdienstlichen Zweck hervorbringt. Die Namen der Meister und Schöpfer dieses monumentalen Bauwerks, der Herren Knoblauch und Stüler, denen beiden es nicht vergönnt war, die völlige Vollendung ihres Werkes zu erleben, werden durch dasselbe für immerdar eine hohe Stelle in der Geschichte der Entwicklung des Berliner Bauwesens einnehmen. Die Feier wurde durch den Chorgesang des 26. Verses 118. Psalms eröffnet, dessen bedeutende Komposition von dem Musik-Direktor Lewandowski, dem um die Ausbildung des musikalischen Theils des jüdischen Gottesdienstes hochverdienten Chor-Direktor der hiesigen jüdischen Gemeinde herrührt. Derselbe leitete selbst die Ausführung der unter Orgelbegleitung stattfindenden Chorgesänge, die, an einzelnen Stellen durch ein Musik-Korps unterstützt, von dem mächtigsten und ergreifendsten Eindruck waren. Dem einleitenden Gesange folgte der Einzug der Thorarollen, die von den Vorstehern der Gemeinde getragen, nach einmaligem unter Gesangbegleitung stattfindenden Umzug um das Altarbild, den Allerheiligsten, den Gesehkrein, hineingestellt wurden. Nach einer abwechselnd von dem Vorbeter und dem Chore gesungenen Liturgie folgte die Predigt des neuen Rabbiners der Gemeinde, des Dr. Aub, der die Verdienste des Baumeisters, seines Vorgängers, des Dr. Sachs, und des langjährigen Gemeinde-Vorstandes Dr. Veit, die nun alle dahin gegangen, die Vollendung ihres großen Werkes nicht erleben, mit warmen Worten gedachte. Der Redner berührte

dann die Bedeutung dieses zweiten Tempels, in welchem der Gottesdienst auf der einen Seite den alten Traditionen gemäß, auf der anderen Seite den Bedingungen moderner Bildung und den Bedürfnissen unserer Zeit entsprechend, auf der einen Seite in der Sprache der Vorfahren, auf der anderen Seite auch in unserer Muttersprache abgehalten werden soll und rief den Segen des Herrn auf diese neue herrliche Stätte des Friedens und der Erhebung herab. Wie dem Erzvater Jacob eine Himmelsleiter, von der er auf hartem Steine träumte und auf der Engel auf- und niederstiegen, zum Gotteshaufe wurde, so möge dies Gotteshaus der Gemeinde zur Himmelsleiter werden, ihre Gebete zu aufsteigenden und die Worte der heiligen Schrift, die sie hier vernehmen würde, zu absteigenden Engeln. Nach der Predigt folgt das Gebet für den Landesherren, für die hohen Beamten und Räte in Staat und Stadt, und für die Gemeinde und nach dem Wehgebet abermals ein liturgischer Gesang. Die ganze Feier, der u. A. auch der Ministerpräsident, der Kultusminister, die Minister des Innern und der Finanzen, der Kommandant und Gouverneur von Berlin, der Oberbürgermeister, der Polizeipräsident zc. bewohnten, machte einen erhabenden Eindruck.

Berlin, 5. September. Herrenhaus. 7. Sitzung, Mittwoch 5. September, Vormittags 11 Uhr. Präsident Graf Stolberg. Am Ministerisch: Graf Igenfels, Graf zur Lippe, v. Selchow und 4 Regierungs-Kommissare. Die Tribünen sind ziemlich zahlreich besetzt, die Plätze im Saale sehr spärlich. Der Präsident eröffnet die Sitzung um 11½ Uhr mit geschäftlichen Mittheilungen, dann tritt das Haus sofort in die Tagesordnung, die Fortsetzung der gestern unterbrochenen Debatte über die Aufhebung der Buchergesetze. Der erste Redner ist Graf Brühl, er spricht für den Kommissionsantrag und gegen die Regierungsvorlage. Es bleibt ihm nur noch wenig zu sagen übrig, da die Herren v. Mebing und v. Kleist jetzt schon so Ausführliches für die Vertheidigung des Kommissionsantrages vorgebracht haben; diese Ausführungen hätten auch den Gegnern des Kommissionsantrages genügend Stoff zu Erwiderungen gegeben. Der Herr Handelsminister hätte das, was er gestern hier angeführt, bei Gelegenheit der Beratung des Handelsgesetzbuches mittheilen sollen, damals hätte er dies allerdings nicht gethan, und was die von dem Herrn Minister aus dem Handelsgesetzbuch gezogenen Konsequenzen anlange, so müßte er darauf hinweisen, daß das Handelsgesetzbuch gewissermaßen ebenfalls dem Hause octroyirt worden sei. Der Vorschlag, dem Gesetz eine einjährige Gültigkeit zu geben, sei ein schlechtes Auskunftsmitel und könne er nicht dafür stimmen. Der Minister habe zwar gesagt, die Annahme des Kommissionsantrages komme der Ablehnung der Regierungsvorlage gleich; man möge sich jedoch dadurch nicht beirren lassen, sondern nur für den Antrag der Kommission stimmen.

Herr Professor Tellkamp spricht gegen den Kommissions-Antrag, will sich nur auf die Widerlegung einiger noch nicht erörterter Punkte des Kommissions-Antrages einlassen, z. B. des Bank-Diskont-Satzes. Der ist stets ein äußerst schwankender, und auf ihn influiren verschiedene Ursachen, welche mit den Verhältnissen des Einflusses des Kapitals nichts zu thun haben. Freiheit der Entwicklung der produktiven Kräfte ist stets das sicherste Mittel zur Erhöhung des National-Wohlsandes. Der Zinsfuß wird sich nach der Aufhebung der bis jetzt bestehenden Beschränkungen ganz naturgemäß entwickeln, durch Angebot und Nachfrage und nach Sicherheit und Risiko. Redner überreicht dem Präsidenten eine Resolution, welche er zur Diskussion stellt. Der Zinsfuß ist bald nach seiner Steigerung in diesem Jahre wieder auf den normalen Standpunkt zurückgegangen und sogar für gewagte Geschäfte, für welche er immer höher sein muß, ist er auch nicht bedeutend höher geblieben. Redner erklärt sich schließlich gegen den Vorschlag der Kommission und für die Regierungsvorlage. Der Präsident verliest darauf zwei Amendements, welche eingegangen sind, sie werden genügend unterstützt. Nach einer kurzen Bemerkung des Handelsministers erhält das Wort für den Kommissions-Antrag Herr Dr. Soege. Von dem Gesetze werde der kleine Handwerker, der kleine Rentier, der Beamte und der Grundbesitzer hart betroffen, und das seien doch auch Unterthanen Sr. Majestät, ebenjowohl wie die Mitglieder des Handelsstandes, die durch das Gesetz begünstigt würden. Nach meiner Ansicht ist es nicht zu verantworten durch dies Gesetz die Schwierigkeiten, namentlich der Grundbesitzer, zu vermehren. Redner spricht schließlich gegen die Amendements, denen er sich nicht anschließen kann.

Justizminister Graf zur Lippe: Es ist wiederholt hier der Hypothekensanordnung erwähnt und der Mangel derselben als Grund der Ablehnung der Regierungsvorlage angeführt worden. Die Vorarbeiten für ein solches Gesetz waren bereits im Januar d. J. so weit beendet, daß ein derartiges Gesetz hätte vorgelegt werden können, allein die Staatsregierung hielt die Zeit hierzu noch nicht angethan. Nicht aber die Hypothekensanordnung ist es, welche bei den Hypotheken-Kapitalien die Höhe des Zinsfußes bestimmt, sondern die Sicherheit, welche der Grundbesitzer für das Kapital bieten kann. Die Staatsregierung hat durch das Gesetz vom 12. Mai d. J. nur den Nothstand beseitigen wollen, das muß ich aber hervorheben, daß nicht die Verordnung vom 12. Mai den Zinsfuß emporgetrieben hat, sondern der Nothstand, die Kriegs-Situation hatte dies zur Folge. Als die erste Schlacht gewonnen war, da fand sich das Vertrauen und mit dem Vertrauen das Kapital, und bald sank der Zinsfuß auf den normalen Standpunkt herab. Der Minister widerlegt sodann noch die Aussetzungen, welche Hr. v. Mebing gestern gegen die Regierungsvorlage erhoben.

Hr. v. Selchow: Die Gegner des Gesetzes haben auf die sittlich politische Seite der Frage hauptsächlich hingewiesen. Ich will das später auch thun, zuerst aber die Frage national-ökonomisch behandeln. Die Erfahrungen, die man im Auslande gemacht hat, sind sehr zweifelhaft und auf die hiesigen Zustände in Preußen nicht anwendbar. Beim Anzuge einer Geld-Krise, sie mag politische oder kommerzielle Gründe haben, wird das Geld von den Kaufleuten und Privatleuten verflocht, weil ihr Privatinteresse sie dazu nötigt. Wie will man nun das Geld herauslocken? Auf keine andere Weise ist es möglich, als durch Gewährung höherer Zinsen. Geld muß man haben, um seinen Verpflichtungen nachzukommen. Wollen Sie es verbieten, höhere Zinsen zu nehmen, so ruiniren Sie die ganzen gewerblichen Verhältnisse unseres Vaterlandes. Der Bank-Diskont kann für solche Geschäfte nicht maßgebend sein. Welchen Diskont meint man, den Lombard- oder den Wechsel-Diskont? Die Vorlage schweigt darüber. Sie wollen ein Abgehen vom Zinsfuß nur in den Zeiten der Krise anerkennen; dadurch geben Sie aber schon die Nothwendigkeit einer Aenderung zu. Redner wendet sich jetzt zu den Ausführungen der Herren v. Mebing und v. Kleist, die übrigens bereits zur Genüge von dem Herrn Tellkamp und vom Herrn Justizminister widerlegt seien. Wir müssen dahin kommen, den Zinsfuß frei zu geben. Was die sittlich-politische Seite der Frage anbetrifft, so sind die Bucherer im Volke schon genügend verachtet. „Salzschneider“ nennt man sie im gewöhnlichen Leben, oft mit dem Epitheton „rechtshaffen“, wenn sie es verstehen, das Gesetz gut zu umgehen, daß sie nicht bestraft werden können. Die Befürchtungen, welche man in den Friedensadressen ausgesprochen, hätten noch einen andern Zweck gehabt, die Thatfache der Opferfreudigkeit, mit der das Volk diesen Krieg unterstützt, habe am deutlichsten gegen diese Adressen gesprochen. Diese Opferfreudigkeit wird fortleben, wenn wir die Bucherer aufheben. Ich halte die Vorlage der Regierung nicht für vollkommen, habe jedoch keine

Veranlassung, gegen sie zu stimmen, dagegen werde ich unbedingt gegen die Absicht stimmen, den Bank-Diskont als Regulator für die Zinsen anzusehen. Ebenso werde ich auch gegen das Amendement des Hrn. v. Raabe stimmen. Nach einigen entgegenstehenden Worten des Berichterstatters Hrn. v. Brünneck erhält das Wort Hr. v. Senfft-Pilsach. Er wendet sich gegen den Regierungsentwurf und vertheidigt den Antrag der Kommission.

Freiber Senfft v. Pilsach: Gewiß wird von allen Seiten anerkannt, daß in der Krisis die Staatsregierung sehr zweckmäßige Maßregeln zur Erleichterung ergriffen hat. Namentlich bei der Errichtung der Darlehnsanstalten, die sehr wohlthätig gewirkt haben. In Anerkennung dessen ist auch bei der Frage der Aufhebung der Wuchergesetze die Kommission sowohl wie das Haus der Regierung sehr entgegengekommen. Aber dies Entgegenkommen darf doch nie weiter gehen, als unser Gewissen uns erlaubt: und die Annahme der Regierungsvorlage erlaubt uns unser Gewissen nicht. Ich kann nicht anerkennen, daß die Aenderung der bisherigen Wuchergesetze eine Bedürfnisfrage ist. Nach dem Handelsgelehrbuch ist ja der Kaufmann jetzt dem beschränkten Zinsfuß nicht mehr unterworfen, eben danach aber hat jetzt ja auch jeder Schuster kaufmännische Rechte. Nun frage ich Sie, wozu dies Gesetz? Ich weiß gar nicht, wer die in den Motiven angeführten, dem Kaufmannstande nicht angehörigen Gewerbetreibenden sind. — Zu den Ausführungen des Herrn Hasselbach bemerke ich, daß das Kapital allerdings eine Macht, eine ungeheure Macht ist. Aber hat denn die Gesetzgebung bloß die Aufgabe, das Kapital zu schütten? — Ich will noch an die Resolution erinnern, welche das Herrenhaus 1858 bei Gelegenheit der nachträglichen Genehmigung der damaligen Suspension der Wuchergesetze faßte, wo es heißt, daß dies „nicht ohne erhebliche präjudicialische Bedenken“ geschehen sei. Wenn ich auch zugeben will, daß man in solch' einem Zeitraum um ein Erhebliches klüger werden kann, so scheint mir doch die Lage der Dinge so zu sein, daß das Amendement einen Regulator der Vorlage der Regierung bildet. In diesem Sinne, als eine Milderung der Vorlage, empfehle ich ihnen die Annahme derselben.

Nach einer kurzen thatsächlichen Bemerkung des Grafen Dyrn gegen Herrn von Senfft-Pilsach theilt der Präsident mit, daß Dr. Dernburg sein Amendement dahin abgeändert habe, daß die Verordnung bis 1. April 1869 in Kraft bleiben soll.

Handelsminister Graf Henplig: Herr von Senfft-Pilsach hat gesagt, daß die Kommission der Staatsregierung durch das vorgeschlagene Amendement entgegenkomme. Das würde ich zugeben, wenn nur nicht Nr. 3 der Kommissionsanträge wäre, daß die Anträge 1 und 2 untrennbar sind, daß also die Regierungsvorlage abgelehnt wird, wenn das Amendement verworfen wird. Wenn derselbe Herr Aeußerungen anderer Redner aus früherer Zeit citirt, die gegen die Aufhebung der Wuchergesetze waren, so muß ich bemerken, daß dies vor Erlass des Handelsgesetzes war; und wenn auch der Graf Henplig sich damals so ausgesprochen, so war dies eben auch vor Erlass des genannten Gesetzes; und wenn dies auch nicht der Fall gewesen wäre, so würde ich sagen: Ich bin nicht nur älter, sondern auch klüger geworden.

Was den Zusatz zur vorgeschlagenen Resolution in Betreff der Hypotheken-Verhältnisse betrifft, so werde ich denselben in wohlwollender Erwägung ziehen, und werde, wie bisher stets, auch in Zukunft den Hypotheken-Banken günstig und förderlich zu sein mich bestreben.

Nach einigen kurzen Bemerkungen der Herren v. Senfft-Pilsach, v. Kleist, Hasselbach und Camphausen wird der Schluß der Diskussion angenommen.

Es wird nunmehr zur Abstimmung geschritten über den von der Kommission vorgelegten Gesetzentwurf. §. 1 desselben wird getrennt und das erste Alinea in namentlicher Abstimmung mit 40 gegen 36 Stimmen angenommen.

Al. 2 des §. 1 wird angenommen; ebenso die §§. 2, 3 und 4 des Kommissions-Entwurfes, welcher dann noch en bloc angenommen wird.

Darauf wird der Antrag 1 der Kommission, der Verordnung nachträglich die verfassungsmäßige Genehmigung zu erteilen, angenommen; ebenso Nr. 3 der Kommissionsanträge, die beiden Beschlüsse für untrennbar zu erklären, mit 38 gegen 36 Stimmen; endlich ebenfalls Nr. 4 der Resolution in Betreff des Hypothekenwesens mit dem Zusatz-Amendement des Grafen v. Rittberg.

Der zweite Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht über den Gesetzentwurf, betreffend die Erhöhung des Stammkapitals der preussischen Bank.

Der Gesetzentwurf wird verlesen und ohne Diskussion genehmigt. Schluß der Sitzung 3¼ Uhr. Nächste Sitzung Sonnabend, Tagesordnung: die Handelsverträge und wahrscheinlich die Indemnitätsvorlage.

Königsberg i. Pr., 4. September. Vor dem ostpreussischen Tribunal standen gestern vier Prozeßproben zur Verhandlung an, zwei gegen den Redakteur der „Hartung'schen Zeitung“, Büttner, einer gegen den früheren Redakteur derselben Zeitung, Dr. v. Hasenlamp, und einer gegen den Hofbuchdrucker Schulz, Redakteur der „Distr. Ztg.“ In allen vier Prozeßen erfolgte die Bestätigung der in erster Instanz zum Nachtheil der Angeklagten ergangenen Urtheile.

Elbing, 4. September. Gestern wurde von der hiesigen Kriminal-Deputation der Verleger des „Neuen Elbinger Anzeiger“ wegen Beleidigung des Ministeriums zu 14 Tagen Gefängnis verurtheilt. Den Grund der Anklage bildete das von Pruz verfaßte und in dem genannten Blatte abgedruckte Gedicht „Mai 1866“. Die Staatsanwaltschaft hatte in demselben eine Majestätsbeleidigung gefunden.

Danzig, 4. September. Gestern stellten sämtliche Schiffszimmergeleuten auf der Werft des Herrn Klawitter und der des Herrn Devrient ihre Arbeit ein. Sie verlangen die früheren höheren Lohnsätze, deren Herabsetzung sie, nach ihrer Aussage, sich bei Beginn der kriegerischen Verwickelungen nur als vorübergehende Last hätten auslegen lassen, um nicht ganz unbeschäftigt zu bleiben; jetzt nach abgeschlossener Friedenszeit glaubten sie auf Erhaltung der vor dem Kriege üblichen Arbeitspreise wieder Anspruch machen zu dürfen.

Frankfurt a. M., 4. September. Wenn verschiedene Zeitungen berichten, daß eine Anzahl großer Frankfurter Banquiers und Handels-Großen an Auswanderung denken, falls das zu erwartende preussische Gesetz über Militärpflicht für Frankfurt nicht eine Modifikation bringe, so ist das zwar sehr übertrieben; aber richtig ist, daß einige unserer Reichen, welche militärpflichtige Söhne haben, mit Beängstigung an die Militär-Aushebung denken, die man bisher nur dem Namen nach hier kannte. Zwar sehen sie wohl ein, daß die Zeit der Anwerbung vorüber ist; aber sie hoffen auf einige Erleichterung für Frankfurt, um so mehr, da man ja in den einverleibten Ländern alte Gewohnheiten und Sitten schonen wolle. Worin die Erleichterung eigentlich bestehen soll, darüber sind die Leute durchaus mit sich selbst nicht im Reinen; der Eine wünscht Selbstvertretung, der Andere Erleichterung der „Einfährigkeit“ für Frankfurt, der Dritte meint, wenn die in Frankfurt ausgehobenen Bürgeröhne auch bei Friedenszeit zu Frankfurt in Garnison blieben, wäre die Sache schon leichter. Wie gesagt, es herrscht eine große Spannung in der Bevölkerung in Betreff des künftigen Militärwesens.

Stuttgart, 4. September. Der Herzog von Nassau ist bei seinem Stief-Oheim, dem Prinzen Friedrich von Württemberg, hier zum Besuch angekommen.

Brünn, 3. September. Der „Mährische Correspondent“ schreibt: Ein Vorfall, der sich gestern Nachmittag hier im Innern der Stadt zutrug, wird in der verschiedensten Weise erzählt; wir glauben dem Thatächlichen am nächsten zu kommen, wenn wir

Folgendes mittheilen: Ein österreichischer Unteroffizier (Führer) begabte einem preussischen Offizier und näherte sich ihm in auffallender Weise, ohne ihm jedoch die militärische Ehrenbezeugung zu erweisen. Der Königl. preussische Offizier stellte deshalb Ersteren zur Rede und der Soldat antwortete ihm in einer Weise, ihn insultirend, die den Offizier veranlaßte, eine Patrouille zu rufen, um den österreichischen Führer auf die Hauptwache bringen zu lassen. Schon während des Wortwechsels bildete ein großer Theil des Publikums, das sich am großen Plage, da es Sonntag Nachmittag war, zahlreich eingefunden, eine Gruppe, zu der sich eine wachsende Menge gesellte. Letztere ließ vor der Hauptwache den Ruf „freilassen“ hören, und es erhob sich Geschrei und Pfeifen. Die Leute drängten sich immer mehr zur Hauptwache. Die preussischen Truppen auf der Hauptwache suchten das Publikum zum Auseinandergehen zu bewegen; nachdem aber das Zureden nichts fruchtete, wurde Alarm getrommelt, und in kurzer Zeit erschienen starke Abtheilungen preussischer Truppen, welche die Hauptwache umstellten und den geschlossenen Kreis immer mehr erweiterten, der Menge zuredeten, dieselbe zurückdrängten und so den Platz bald säuberten. Zur Vorsicht wurden auch in den angrenzenden Straßen, wie z. B. der Postgasse, Krapsengasse und Schloßergasse u. einzelne Abtheilungen von preussischen Truppen postirt. Die Passage über den großen Platz wurde bald freigegeben und der Vice-Bürgermeister Herlth, welcher bei der Hauptwache anwesend war, verhinderte das Zusammenströmen der Menschen, indem er, freundlich zurend, die Passanten ersuchte, die Kommunikation nicht zu stören und sich nicht aufzuhalten. Auch der Bürgermeister Dr. Giska war erschienen, um die Menge anzusprechen und sie zur Ruhe zu ermahnen. Um 8 Uhr Abends war Alles vollkommen ruhig. Wie wir nachträglich vernehmen, ist der Verhaftete eine übel berüchtigte Persönlichkeit, welche schon in verschiedenen österreichischen Uniformen gesehen wurde und sich die Abzeichen eines Führers eigenmächtig beigelegt haben soll.

Triest, 1. September. Die Kaiserin von Mexiko empfing gestern im Schlosse von Miramar die Triester Stadtvertretung. In Beantwortung der Ansprache des Vicepräsidenten erwiderte die Kaiserin, daß, wenn der Kaiser Maximilian im Laufe der nächsten Jahre eine kurze (?) Reise nach Europa unternehmen sollte, er jedenfalls auch Triest besuchen würde, und sprach ihr Bedauern darüber aus, daß die Handelsbeziehungen zwischen den beiden Reichen (Österreich und Mexiko) noch nicht den gewünschten Aufschwung genommen.

Ausland.

London, 1. September. Das Comité des „Eyre Defence Fund“ hielt gestern seine erste Versammlung. Den Vorsitz führte der berühmte Historiker Thomas Carlyle (bekanntlich ein grimmiger Feind aller Regerefreunde). Auch Mr. S. Kingsley und auch Leute von Rang und Namen waren zugegen.

Asien. Die am 1. September in Triest eingetroffene Ueberlandpost überbringt Nachrichten aus Bomby vom 8. August: Der Vicekönig hat den britischen Residenten im persischen Golf ermächtigt, mit dem Chef der Wechabiten in Unterhandlung zu treten. — Rena Sahib und Feroze-Schah sollen sich verkleidet in Khotan aufhalten.

Pommern.

Stettin, 6. September. Se. Königl. Hoheit der Kronprinz hat in einem Erlasse d. d. Briinn, 3. August, die Nothwendigkeit ausgesprochen, zur Unterstützung der Invaliden, sowie der Wittwen und Waisen aus dem jetzt beendeten Kriege „eine allgemeine National-Invaliden-Stiftung“ zu gründen, wird selbst die oberste Leitung derselben übernehmen, sich in Berlin mit Vertrauensmännern wegen der Statuten berathen und hält es für zweckmäßig, daß sich schon vorweg in den Provinzen Hilfs-Komitees für diese Stiftung bilden. Zu letzterem Zwecke ist von mehreren hiesigen Bürgern zu einer Versammlung auf gestern Abend 6 Uhr im Saale der Abendhalle aufgefördert worden, welche durch den Hrn. Stadtbau-Rath Hobrecht eröffnet wurde. Derselbe verlas zunächst den erwähnten Erlaß des Kronprinzen und bemerkte sodann: Man wisse zwar zur Zeit noch nicht, in welcher Weise das zu bildende Hilfs-Komitee wirksam sein und wie es sich mit dem Central-Komitee verbinden solle, indessen käme es jetzt eben auch nur darauf an, ein solches Hilfs-Komitee zu bilden. Wenn nun von einer Seite, welche sonst überall nach Selbstverwaltung strebe, merkwürdiger Weise in dem vorliegenden Falle vielfach die Ansicht ausgesprochen werde, daß die Unterstützung der Invaliden u. ausschließlich Sache des Staates sei, so läge es auf der Hand, daß dieser nach festen Normen handeln müsse, wie sie in dem vorjährigen Gesetze wegen Unterstützung der Invaliden vom Feldwebel abwärts und in dem jetzt den Kammeru vorliegenden entsprechenden Gesetz-Entwürfe für die Offiziere u. aufgestellt seien. Der Staat könne hierbei niemals auf die besonderen persönlichen Verhältnisse der Betreffenden Rücksicht nehmen und dem durch seine Wunden erwerbsunfähig gewordenen Beamten, der vielleicht 500 bis 2000 Thlr. Gehalt bezogen, nur dieselbe Invaliden-Pension gewähren, wie dem Knecht oder Gesellen. Die Rücksichtnahme auf die individuellen Verhältnisse sei eben nur bei Privat-Vereinen möglich. Es werde daher die nächste Aufgabe des zu wählenden Zweig-Komitees sein, sich mit dem Central-Komitee in Verbindung zu setzen. — Hr. N. A. Masche macht darauf aufmerksam, daß es sich wohl vor allen Dingen jetzt darum handle, der augenblicklichen Noth der zurückkehrenden Invaliden und ihrer Familien entgegen zu treten und hält es daher für geboten, daß das Hilfs-Komitee, außer seiner Verbindung mit dem Central-Komitee, zuvörderst hier aus zu veranstaltenden Sammlungen Hülfe schaffe, auch Hr. Ob.-Reg.-Rath Triesch hält eine solche selbstständige Wirksamkeit des Vereins für zweckmäßig. Herr Oberbürgermeister Hering bemerkt, daß zwar die allgemeine National-Invaliden-Stiftung analog dem Nationaldank für die Freiheitskriege und der Kronprinz-Stiftung für den schleswig-holsteinischen Krieg errichtet werden solle, daß aber jetzt noch nicht die Statuten für diese neue Stiftung festgestellt seien. Da nun bei den beiden bestehenden Stiftungen sehr verschiedene Einrichtungen stattfänden, indem der Central-Verein des National-Danks aus den, meistens in seiner Verwaltung befindlichen größeren Vermächtnissen, seinen Zweig-Vereinen die nöthigen Zuschüsse gewährt, bestehen neben der Kronprinz-Stiftung keine Zweig-Vereine. Es müßte daher abgewartet werden, welche Instruktion von Berlin gegeben werde, um für die individuelle Bedürftigkeit

zu wirken, vorläufig müsse man daher nur Sammlungen veranstalten und die Thätigkeit des Komitees überhaupt auf die Stadt Stettin beschränken. Nach längerer Debatte beschließt dann die Versammlung, ein Hilfs-Komitee von 12 Personen mit dem Rechte sich zu cooptiren, zu wählen, welches sich mit dem Central-Komitee in Verbindung setzen und zunächst durch Sammlungen Fonds bereit halten soll. Es werden gewählt: die Herren Oberbürgermeister Hering, Stadtbaurath Hobrecht, Prediger Schiffmann, v. d. Nahmer, Dr. Wasserfuhr, Konsul Döbel, Oppenheim, Mann, Dr. Wischmann, Rechnungs-Rath Masche, Stadtrath Becker und Buttig.

— Gestern Abend 11 Uhr wurde die Feuerwehr allarmirt, weil aus dem Keller des Hauses Wilhelmstraße 16 starker Rauch drang, indem man dort feuchtes Holz zum Trocknen in den Kochherd gepackt hatte und dies Holz angezündet war. Natürlich brauchte die Feuerwehr nicht in Thätigkeit gesetzt zu werden.

— Von gestern bis heute sind an der Cholera vom Civil im 1. Pol.-Rev. erkrankt 1, gestorben 1, im 3. Rev. gest. 1, im 5. Revier erkrankt 2, gest. 2, zusammen vom Civil resp. 3 und 4; vom Militär keiner.

Stargard. Das 9. Regiment hat am Montag, den 3. September, den Rückmarsch von Münchengrätz, seinem letzten Standort, nach Görlitz zu antreten. Von der letzteren Stadt wird daselbe per Eisenbahn befördert und am Sonntag oder Montag bestimmt hier eintreffen.

Straßburg i. N. Am 1. September 1866 kam auf dem hiesigen Bahnhofe die erste Lokomotive von Pasewalk an. Dieselbe war mit Blumen und Fahnen festlich geschmückt und wurde mit Musik und Hurrah empfangen. Wie es heißt, wird die Strecke Pasewalk-Straßburg jedoch erst am 15. Oktober, spätestens am 1. Novbr. c. dem öffentlichen Verkehr übergeben.

Grimmen. In der Nacht vom 2. zum 3. September brannte die Mühle des Müllers Genschow zu Griflow ab, die Entstehungs-Ursache des Feuers ist noch nicht ermittelt.

Bermischtes.

— (Gegen Baiern.) Der Aeußerung des bayerischen Ministers v. d. Pfordten: „Der Feldzug der bayerischen Armee habe keine Niederlage zur Folge gehabt“, stellt die „N. fr. Pr.“ die bisfuge Bemerkung entgegen: „Nicht einmal zu einer tüchtigen Niederlage habe es die bayerische Armee bringen können!“

Neueste Nachrichten.

Frankfurt a. M., 5. September, Nachmittags. Dem gesetzgebenden Körper ist eine Vorlage zugegangen betreffs seiner Rekonstitution. Nach derselben wird er ermächtigt, in allen kommunal-Angelegenheiten selbstständig zusammenzutreten und zu beschließen.

Wien, 4. September, Nachmittags. Der „Presse“ zufolge hat der Minister ohne Vorlesung, Graf Moriz Esterhazy, seine Demission gegeben. — Die „Debatte“ meldet, daß der Kaiser dem ungarischen Emigranten Franz Pulszky gestattet habe, seine kranke Tochter in Ungarn zu besuchen.

Florenz, 5. September, Vormittags. Wie die „Italia“ versichert, wird die Regierung 120,000 Mann in die Heimath entlassen, ohne die Friedensunterzeichnung abzuwarten. Das Gerücht einer bevorstehenden Kammerauflösung wird als irrig bezeichnet. Die Verhandlungen zwischen dem französischen General Leboeuf und den österreichischen Behörden beuf's Uebergabe Venedigs haben begonnen.

Schiffsberichte.

Swinemünde, 5. September, Vormittags. Angekommene Schiffe: Hoffnung, Lorenz von Kopenhagen. Vire, Smith von Lybster. Alma, Hadet von Lybster. Moir, Sutherland von Liffemouthe. Paragon, Williamsen von Wid. Jona, Cormad von Wid. Grand Duc Alexis (SD), Barandou von Antwerpen. Bravo (SD), Cole von Hull. 1 Schiff in Sicht. Wind: SW. Strom ausgehend. Revier 1¼ F. — Nachmittags. Ernst Julius, Wothke von Bremen. Chanticleer (SD), Rutherford von London. Brünette, Flemer von Hartlepool, 1 Schiff in Swinemünde. Revier 1¼ F. Wind: SW. Strom ausgehend.

Börsen-Berichte.

Stettin, 6. September. Witterung: leicht bewölkt. Temperatur: + 17° R. Wind: SW. Nachts starker Regen.

An der Börse.
Weizen höher bezahlt, schließt matter, loco pr. 85½ S. gelber 65—69 R. bez., 2jähriger poln. 71 R. bez., 83—85½ S. gelber September-October 69½, 70 R. bez. u. Br., October-November 68½, 69 R. bez., 68½ R. Br., Frühjahr 68½ R. bez., Br. u. Bd.
Roggen matt, loco pr. 200 Pfd. 44—45½ R. bez., September-October 44½, 44½ R. bez., October-November 44, 44½, ¼ R. bez., 44 Bd., Frühjahr 44½, 44 R. bez. u. Bd., 44½ R. Br.
Gerste loco pr. 70 Pfd. 38½, 39 R. bez., schief. 40, 41 R. bez.
Hafer loco pr. 50 Pfd. 24—26 R. bez.
Erbsen loco 48—54 R. bez.
Winterrüben loco 78—82 R. bez., September-October 82 R. Br. Rübel unverändert, loco 12½ R. Br., Septbr.-October 12½ R. bez., 12 Bd., 12½ R. Br., April-Mai 12½ R. Br.
Spiritus flau, loco 14½, ¼ R. bez., September-October 14½ R. Br., October-November 14 R. Bd., Frühjahr 14½ R. Br.
Angemeldet: 100 Wppl. Roggen.
Hamburg, 5. September. Getreidemarkt fest. Weizen loco höher, pr. September-October 5400 Pfd. netto 119 Banthaler Br., 118 Bd., pr. October-November 117 Br., 116½ Bd. Roggen pr. September-October 5000 Pfd. Brutto 73 Br., 72 Bd., pr. October-November 74 Br. u. Bd., pr. Frühjahr 75 Br., 74 Bd. Del pr. September 25½ Br., pr. October 25½, 26, pr. Mai 26½—26¼. Kaffee ruhig. — Wetter veränderlich, feucht.

Amsterdam, 5. September. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen ruhig. Roggen loco fest, pr. October 166—167. Raps flau. Rübel pr. October 39½, pr. Mai 41.

Beim Schluß des Blattes war unsere Berliner Lesepost noch nicht eingetroffen.

Briefkasten. Herrn A. S. in T. Nach Allg. Landr. I. Tit. XXI. §. 130 und 131 können Sie die gemachten Verbesserungen zurücknehmen, müssen aber die Sache, in demjenigen Stand wieder versetzen, in welchem sie sich vor der Verbesserung befunden hat, die also abgeben und weisen lassen.